



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheinung vierzehntägig Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1.— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Pestzeitung 1,25 Mark, Lebens- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Bestimmungsregister.

Für die Wochen vom 9. bis 15. Februar und 16. bis 22. Februar 1919 sind die Beitragsmarken in die mit 7 resp. 8 bezeichneten Folder des Mitgliedsbuches zu kleben.

Mitteilungen des Verbandsvorstandes.

Der Jahrestelle Steuerr ist die Erhebung eines Sozialbeitrages von wöchentlich 5 Pf. bewilligt worden.

Der Verbandsvorstand:

F. H. C. Bucher, 2. Vorsitzender.

Der Aufbau unserer Friedenswirtschaft.

Von Robert Schmidt.

S. A. K. Die Ueberleitung der Kriegswirtschaft zu einem geordneten Aufbau unseres Wirtschaftslebens in die Friedenszeit stößt auf große Hindernisse und Widerstände, als alle Berechnungen, die hierüber angestellt wurden, voraussehen lassen. Die Ansammlung der Arbeitskräfte, die die Kriegswirtschaft in den Industriezentren herbeigeführt hat, läßt sich leider nicht so auflösen, wie es im Interesse der Arbeiter und auch unserer Volkswirtschaft zu wünschen wäre. Die Aufforderung von der preussischen Regierung, daß Arbeitskräfte auf das Land zurückkehren möchten, wird nicht so befolgt, wie es notwendig wäre, obwohl die Abneigung zur Landarbeit heute nicht mehr mit der ungünstigen Rechtslage der Landarbeiter begründet werden kann und vielfach auch Löhne bezahlt werden, die eine erhebliche Besserstellung bedeuten. Ein weiterer Anreiz könnte unter den gegenwärtigen Verhältnissen auch die unstrittig bessere Lebensmittelversorgung auf dem Lande bieten. Allein es haben sich große Arbeiterschichten an den Ort ihrer gegenwärtigen Berufstätigkeit so festgesetzt, daß der Wechsel, den man jetzt im Allgemeininteresse für notwendig erachtet, sich nur äusserst und schwer vollzieht. Immerhin dürfen wir hoffen, daß auch diese Rückwanderung bald in größerem Maße sich vollzieht, wenn sich die Aussichtslosigkeit ergibt, Arbeit zu erhalten. Sollte diese Voraussetzung nicht zutreffen, so wird man vor einem Zwang zur Abwanderung nicht zurückschrecken können.

Hoffnungslos sieht es mit unserer Kohlen- und Eisenproduktion aus. Kohle und Eisen sind die Grundbedingungen für den Aufbau unseres Wirtschaftslebens. Können wir hier mit den freiwerdenden Arbeitskräften die Produktion nicht erheblich steigern, so gelangen wir weder zu einer Belebung der Industrie, noch zu einer Ueberführung größerer Bestände in den Außenhandel. Selber hat bis jetzt die Aussichten, daß die Kohlenförderung sich bald über die Leistungen selbst der letzten Friedensmonate hinaus erhebt, nicht vorhanden. Die Folge ist, daß bereits unsere Nahrungsmittelindustrie ins Stoden gerät; die Zuckerrüben können nicht vollständig zu Zucker verarbeitet werden; in der Rohmehlindustrie sind bereits einige Betriebe stillgelegt oder arbeiten mit Einschränkung; die Gemüsetrocknung, die gerade jetzt

keine Störung verträgt, da das angelieferte Gemüse sofort verarbeitet werden muß, klagt, daß sie ihre Betriebe nicht so fortführen kann, wie es notwendig ist; und tritt nicht halb eine Besserung ein, so steht die Marmeladenfabrikation vor dem Stillstand. In der geringen Bereitstellung von Transportmitteln und auch an der Minderproduktion der Kohle scheitert jeder Versuch, diese Hemmnisse aufzuheben. Was für unsere Lebensmittelversorgung bedeutet, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden.

Für alle diese Industrien kommen aber auch zahlreiche Arbeiter in Frage, die als Arbeitslose auf neue eine Belastung des Arbeitsmarktes hervorrufen. Hier leidet der Arbeiter als Konsument wie als Produzent schwer unter der Ungunst der Verhältnisse. In andern Industrien tritt natürlich in noch erheblicherem Maße diese ungenügende Kohlenversorgung in die Erscheinung und läßt das Ingangbringen der Industrie nur mit vielen Unterbrechungen ermöglichen. Berggegenwärtigen wir uns, daß auch unsere Riegeleiten nicht mit Kohle versorgt werden und somit die Industrie, die zunächst die Belebung des Baumarktes möglich macht, lahmgelegt wird, so ergibt sich, wie verantwortungsvoll die Stellung des Bergarbeiters in der gegenwärtigen Zeit ist.

Dazu die Sorge um die künftige landwirtschaftliche Produktion, wenn es uns nicht gelingt, die Düngemittel herbeizuschaffen, die die Landwirtschaft so lange entbehrt hat. Wir konnten während des Krieges der Landwirtschaft die tröstliche Zusage geben, daß unsere künstliche Stickstoffherzeugung so große Fortschritte gemacht hat, daß wir die Einfuhr entbehren können und aus der eigenen Produktion den Bedarf decken werden. Durch diese Berechnung macht uns die Kohlenversorgung einen Strich. Große Stickstoffwerke sind nicht im vollen Umfange in Betrieb zu halten wegen des Kohlenmangels; ein großes Werk ist vom Feinde besetzt, so daß wir jetzt vor der recht trüben Aussicht stehen, Stickstoffdüngemittel für das nächste in nicht größerem Umfange zur Verfügung zu haben als während des Krieges, wenn es überhaupt möglich ist, noch diese Bestände herbeizubringen. Damit steht die landwirtschaftliche Produktion vor den gleichen Schwierigkeiten wie während des Krieges und jede Störung in der Kohlenzufuhr verschlimmert die Situation.

Kohle ist aber auch das wichtigste Produkt und nahezu das einzige, was wir unmittelbar zur Ausfuhr bereit stellen können. Wird uns diese Möglichkeit unterbunden, dann muß unsere Zahlungsbilanz zum Ausland sich weiter ungünstig gestalten. Schon jetzt ist unsere Valuta so weit gesunken, daß unsere Markt noch nicht den halben Wert aufweist, wie zu normalen Zeiten. Das bedeutet, daß wir alle Lebensmittel vom Ausland schon wegen der Entwertung unseres Zahlungsmittels um 100 Prozent bezahlen müssen. Wenn wir diesen Zustand nicht durch eine vermehrte Ausfuhr, ein Mittel, das uns zunächst helfen kann, dann erhalten wir Preise für unsere Lebensmittel, die weit über das hinausgehen, was wir gegenwärtig zahlen müssen.

Es ergibt sich daraus, daß jede Einstellung der Arbeit, jede willkürlich herbeigeführte Minderleistung in der Förderung eine Schädigung am Gesamtwohl der deutschen Bevölkerung bedeutet. Von den Bergarbeitern kann die Tragweite ihres Verhaltens nicht vollständig erfaßt werden sein, denn unter den jetzigen Umständen ist der Streik ein Verbrechen am deutschen Volk.

Die Gewerkschaften waren sich klar darüber, daß in der Uebergangszeit Erschütterungen dieser Art die Industrie nicht ertragen kann; deshalb ist man zu Tariffestsetzungen übergegangen, im Streit-falle sollten die im Hilfsdienstgesetz vorgesehenen Schlichtungsstellen angerufen werden. Es ist im hohen Maße bedauerlich, daß die Einrichtung der Schlichtungsstelle fast vollständig beiseite geschoben ist. Bei einigen Streiks ist von ausständischen Arbeitern die Drohung laut geworden, Sabotage zu verüben; d. h. Betriebsrichtungen zu zerstören, um das Unternehmen in Gefahr zu bringen. Die Gewerkschaften haben jederzeit diese Art des Kampfes mit aller Entschiedenheit abgelehnt. Die Sabotage gehört zu den anarchoistischen Kampfmitteln, nie aber zu den Kampfmitteln organisierter Arbeiter. Es sind auch nicht die Mitglieder der Gewerkschaften, die solche Anforderungen stellen. Gegenwärtig führen leider nicht selten Leute das Wort, die die Gewerkschaften zu allen Zeiten auf das heftigste bekämpft haben, die sich fern hielten von jeder Beitragszahlung, die aus egoistischen Motiven wohl die Vorteile, die die Gewerkschaften boten, bei Er kämpfung hoher Löhne mit benutzten, aber zur Hilfeleistung nie bereit waren. Diese Leute kommen heute in großer Zahl zu den Gewerkschaften, aber ihr Empfinden für die Revolution erschöpft sich in der Aufstellung von Forderungen, die ohne jedes Verständnis für das Wirtschaftsleben geltend gemacht werden. Leider hat diese Masse der Unflaren und die Situation rückwärtslos Ausnützenden heute einen gewissen Einfluß.

Die Sozialdemokratie und auch die Gewerkschaften sind sich nie im unklaren darüber gewesen, daß der Aufbau unseres Wirtschaftslebens viel Arbeit kostet, daß zu keiner Zeit die Pflicht zur Arbeit höher steht als gegenwärtig. Wie wollen wir unser junges Staatsleben zu Kräften kommen lassen, wenn wir ihm das Lebenselixier, die Arbeit, nehmen. Wie töricht sollte es doch jedem erscheinen, wenn wir in einer Zeit, wo wir unsere Eisenbahnen so bringend notwendig für Transporte der Truppen gebrauchen, für die Lebensmittelversorgung und für die Heranschaffung von Rohmaterialien, zur Einstellung der Arbeit gegriffen wird und die Aufrechterhaltung dieses wichtigen Verkehrsmittels erschwert wurde. Ganz abgesehen von diesen Konsequenzen, die jeder verständige Arbeiter sich vorhalten muß, steht aber auch heute für ihn die Sache anders: er soll doch seine Gegnerschaft gegen den Kapitalismus und die rechtlosen Zustände des alten Regimes nicht fortsetzen in der gleichen Kampfweise, wo er jetzt als Staatsbürger interessiert daran ist, daß der Aufbau des neuen Staates, der dem Gesamtwohl dienen will, nicht gestört wird.

Ueber den Zusammenhang, den der Lohn für die Preisbildung der Produkte auf dem Markt für

die Konsumfähigkeit der großen Masse spielt, besteht eine erschreckende Unklarheit. Man hört nicht selten, die Industrie könne erheblich höhere Löhne zahlen, da sie ja während der Kriegszeit enorme Verdienste gemacht habe. Das ist richtig; aber über eine gewisse Grenze hinaus schlägt diese Formel in das Gegenteil um. Die Millionen, die die Kriegsindustrie eingehemmt hat, brauchen wir zur Ablosung unserer Kriegsschulden, und für den Zugriff des Reichsschatzamtess wollen wir nicht die Möglichkeit rauben. Bedenken wir auch, daß wir zu Preiserhöhungen für alle Produkte kommen, anstatt nunmehr an einen regelrechten Abbau zu denken. Es ist ausgeschlossen, daß der Unternehmer produziert ohne Gewinn, besonders der nicht, der große Kapitalien angehäuft hat. Uns aber ist damit gebietet, daß die Produktion angeregt wird, was wieder nicht geschehen kann, wenn die Preislage für alle Produkte so hoch ist, daß der Konsum eingeschränkt wird. In diesem Zirkel der Interessen als Konsument und Produzent bewegt sich der Arbeiter.

So kann die Neugestaltung unseres Wirtschaftslebens nicht weitergeführt werden. Es ist anzunehmen, daß mit der Zeit eine Klärung und Beruhigung eintritt, aber es ist hohe Zeit, daß wir zur Einkehr kommen. Der Sozialismus hat in seinen Zukunftsplänen nie darüber einen Zweifel gelassen, daß eine unmittelbare plötzliche Hinüberleitung aus der kapitalistischen Wirtschaft in die sozialistische unmöglich ist. Noch weniger ist das zu erreichen in einer Periode der wirtschaftlichen Zerrüttung nach einer Krise. Eine gerechte Abmessung dessen, was die Gesellschaft an Gebrauchsgütern erzeugen kann, die Hebung der Intensivität der Arbeit, das kann erst nach einer Periode längerer Entwicklung zur Geltung kommen. Dann werden wir zum gerechten, d. h. dem vollen Anteil der Arbeit am Produktionsprozeß gelangen. Halten wir aber in der Uebergangszeit Maß und Ziel und berücksichtigen wir, daß zum Sozialismus, wenn er verwirklicht werden soll, auch ein Stück Idealismus von hohem Werte notwendig ist, den zu betätigen die Aufgabe aller derjenigen ist, die am Wohlergehen des neuen Volksstaates interessiert sind und seine gesunde Entwicklung herbeiwünschen.

Ein letzter Versuch.

Das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker hat auf Antrag einer Anzahl Prinzipal-Kreisvertreter den Tarifausschuß und den Buchdruckerat zum 14. Februar und folgende Tage nach Berlin zu einer Sitzung berufen, in der folgende Punkte verhandelt werden sollen:

1. Anträge der Prinzipal-Kreisvertreter:
Außerkräftsetzung der Beschlüsse des Tarifausschusses vom 19. Dezember 1918.
Herbeiführung einer anderen Besetzung des Buchdruckerrats.
2. Antrag der Gehilfen-Kreisvertreter:
Beschränkung der LehrlingsEinstellung bei den nächsten beiden Einstellungsterminen.
3. Anträge des Tarifamts:
Ernennung eines Gehilfenvorstehenden und zweier Gehilfenmitglieder für das Tarifamt.
Festsetzung der Entschädigung für regelmäßige Nacharbeit.

Nachdem die vom Hauptvorstand des Deutschen Buchdruckervereins in Szene gesetzte Obstruktion gegen die im Dezember vorigen Jahres beschlossene und vom Demobilisationsamt mit Gesetzeskraft angeordnete Erhöhung der Leuzungszulagen für Gehilfen und Hilfsarbeiter wirkungslos geblieben ist, genau so wie die vorher geübte Verschleppungstaktik nicht verhindern konnte, daß die Beschlüsse vom 19. Dezember doch Gesetz wurden, soll nun noch ein letzter Versuch gemacht werden, diese Beschlüsse aus der Welt zu schaffen. Wir haben bisher zu den verschiedenen Aeußerungen und Protesten der Prinzipale keine Stellung genommen, weil wir keine Ursache haben, unnötigerweise unsere Kollegenchaft zu beunruhigen und uns über Dinge zu streiten, die nun einmal entschieden sind.

Dort, wo es notwendig war, ist den Prinzipalen durch entsprechende Maßnahmen bewiesen worden, daß sie den ihnen auferlegten Verpflichtungen nachkommen müssen und die Kollegenchaft ist zu ihren Rechten gekommen. Wir können

auch diesen letzten Versuch der Prinzipale mit aller Ruhe entgegensehen. Ohne den Verhandlungen des Tarifausschusses irgendwie vorgreifen zu wollen, können wir heute schon feststellen, daß die Verhältnisse, welche die Beschlüsse vom 19. Dezember ausgelöst haben, sich leider nach nicht gebessert haben, und daher gar nicht daran zu denken ist, daß sich die Arbeiterschaft im Buchdruckgewerbe irgendwelche Schmälerungen an ihren Lohnneinkünften gefallen lassen würde. Das dürften zwar auch die Vertreter der Prinzipale wissen, denen es wahrscheinlich auch nicht daran gelegen sein kann, die fortgesetzten Provokationen ihrer Leipziger Leitung zum Schaden des Gewerbes mitzumachen. Bisher ist das Buchdruckgewerbe von größeren Erschütterungen, wie wir sie in anderen Industrien jetzt tagtäglich erleben, verschont geblieben. Öffentlich tragen die Verhandlungen des Tarifausschusses nicht dazu bei, daß es anders wird.

Rückblick auf das Jahr 1918.

Den nachfolgenden Rückblick mußten wir wegen Raummangel bis jetzt zurückstellen. Sein Inhalt dürfte aber trotz des verspäteten Erscheinens für unsere Mitglieder von größtem Interesse sein.

Das Jahr 1918 ist eines der bedeutungsvollsten in der Geschichte des deutschen Volkes. Es bezeichnet nicht nur einen Kriegsjahr, sondern auch eine Wende. Noch bis in den Hochsommer hinein hielten die deutschen Heere dem Ansturm der Feinde stand. Welche Leiden das deutsche Volk auszustehen hatte, davon gaben die umfangreichen Streiks in den Rüstungsindustrien, die auf die ständig wachsenden Ernährungsschwierigkeiten zurückzuführen waren, Kunde. Trotzdem hielt der weitaus größte Teil des Volkes auch in jener kritischen Zeit in der Verteidigung der Heimat aus. Die Hoffnung auf einen siegreichen Abschluß des Krieges hatte das Volk längst aufgegeben. Am 30. Oktober klammerte es sich dafür an die Hoffnung, daß die Friedensbemühungen der Arbeiterklasse endlich zu einem greifbaren Ergebnis führen möchten. Diese Hoffnungen wurden getäuscht, teils durch den mangelnden Einfluß der Arbeiterchaft der feindlichen Länder, teils infolge der Gewaltfrieden von Brest-Litowsk und Bukarest. Auch das reaktionäre Gebaren der preussischen Junkerherrschaft war nicht dazu angetan, dem deutschen Volke draußen in der Welt Freunde zu erwerben. So verging der Sommer mit wechselndem Kriegsglück. Der anfängliche Erfolg auf der Westfront verwandelte sich in einen geschlossenen Rückzug, der bereits bange Befürchtungen auslöste. Noch immer aber vertraute man der langprobierten Standhaftigkeit unserer Heere. Da brach der Widerstand unserer Bundesgenossen auf dem Balkan zusammen, dem der Waffenstillstandsabschluß Oesterreich-Ungarns folgte. Jetzt stand Deutschland seinen Feinden allein gegenüber, denen die Reichsgrenzen im Süden offen standen. Jede längere Gegenwehr war illusorisch. Der Krieg war zu unseren Ungunsten entschieden.

Unter solchen Umständen sah sich die Oberste Heeresleitung Ende September gezwungen, auf einen raschen Waffenstillstand mit nachfolgendem Friedensschluß zu drängen. Der ungünstige Kriegsausgang entschied auch über das Ende der Junkerherrschaft in Preußen. Das Ministerium Hertling mußte einem rein parlamentarischen Kabinett des Prinzen Max von Baden weichen, dem auch mehrere Sozialdemokraten angehörten. Die Waffenstillstandsverhandlungen währten fünf Wochen lang. Es machte der Entente ungewöhnlich große Mühe, sich über die Bedingungen zu einigen, die sie den Deutschen zu diktiertem gebieten.

Währenddessen vollzog sich im Reich die Demokratisierung des Verfassungswesens im Sinne der Parlamentsherrschaft. Dem Kaiser wurde das Recht entzogen, allein die Regierung zu bestellen, über Krieg und Frieden zu entscheiden und die Personalangelegenheiten in Heer und Flotte selbständig zu bestimmen. In all diesen Fragen wurde die Mitwirkung des Reichstags und der vom Reichstag getragenen Regierungsmitglieder verfassungsmäßig festgelegt. Auch die Willkürherrschaft der Kaiser wurde eingeschränkt. In Preußen wurde ferner das gleiche Wahlrecht zum Abgeordnetenhaus durchgesetzt. Die Folge dieser politischen Umgestaltungen war der Rücktritt des Generals Ludendorff von der Obersten Heeresleitung. Ludendorff

hatte sich nicht mit seinen militärischen Befugnissen begnügt, sondern in die Rolle eines politischen Militärdiktators hineingelebt, der Regierungen absetzte und einsetzte und Friedensschlüsse nach seinem Ermessen dirigierte. Der Frieden von Brest-Litowsk war besonders auf seinen unheilvollen Einfluß zurückzuführen.

Während sich diese demokratischen Reformen rasch und glatt vollzogen, spißte sich die Kaiserfrage zu einer schweren Krise zu. Aus den Antworten der Entente ergab sich immer deutlicher, daß man mit einer Reichsleitung, die einen wesentlichen Teil der Schuld an dem Kriege und der Kriegführung trage, nicht zu verhandeln gedenke. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zog daraus den Schluß, daß der Kaiser zurücktreten müsse, und stellte der Regierung ein Ultimatum in diesem Sinne. Der Kaiser entzog sich der Entscheidung durch die Flucht ins Hauptquartier, wodurch die Krise eine bedrohliche Verschärfung erlitt. Die revolutionären Ereignisse in Norddeutschland, die in rascher Folge auf Bayern und Mitteldeutschland zurückwirkten, führten indes zu einer tabula rasa. In Kiel, Wilhelmshafen und in den übrigen Seestädten erhoben sich die Marine-mannschaften gegen ihre Vorgesetzten; die Arbeiterschaft schloß sich ihnen an und es wurden Soldaten- und Arbeiterräte eingesetzt. Die Propaganda verbreitete sich rasch über das ganze Land. In Bayern wurde die erste Republik verkündet. Die Tage vom 8. bis 12. November führten die Republik auf der ganzen Linie zum Siege. Die Fürstenthone wurden gleich zu Duzenden eingeschmolzen und dem Widerstand einzelner Dynastien mit sanftem Druck nachgeholfen. Das Volk begnügte sich aber nicht mit der bloßen Republik und Demokratie, sondern es verlangte stürmisch nach der sozialistischen Republik.

In Berlin war die Reichsregierung auf die Sozialdemokratie übergegangen, die Ebert zum Kabinettschef erbob. Die Revolution ging hier aber über Reichsregierung, Bundesrat und Reichstag weit hinaus, indem sie diese Repräsentanten einer früheren Epoche hinweglegte und durch neue, revolutionäre Gewalten ersetzte. Es wurde ein Volksrat und ein Rat der Volksbeauftragten eingesetzt, die sich in die beschließende und ausführende Gewalt teilten, und beide Körperschaften wurden paritätisch von Sozialdemokraten und Unabhängigen Sozialdemokraten besetzt. In Preußen wurde ebenfalls ein paritätisches Ministerium der beiden sozialdemokratischen Parteien bestellt. In den übrigen Bundesstaaten einigte man sich teils auf ähnlicher Grundlage, teils auf eine demokratische Zusammenlegung der Regierung aus allen Freiheitsparteien. Überall aber wurde das konservative Regiment endgültig beseitigt.

Am 10. November wurden die Waffenstillstandsbedingungen bekannt. Sie waren überaus hart und für ein Land berechnet, das noch über unermessliche Wehrkraft verfügte. Augenscheinlich hatte die Entente die Größe des Zusammenbruchs Deutschlands noch nicht im vollen Umfange erkannt. Aber sie mußten angenommen und ausgeführt werden. Auch die nachträglichen Verhandlungen, die zu einer längeren Befristung des Waffenstillstandes führten, ergaben nur in untergeordneten Punkten eine Milderung der Bedingungen, die den militärischen Zusammenbruch auch zu einem wirtschaftlichen vervollständigen und den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens auf Jahrzehnte erschweren.

Was der Weltkrieg aus Deutschland gemacht hat, ist nichts als ein leerer Schatten ehemaliger Größe und Herrlichkeit. Wohl ist das Land nur wenig unmittelbar durch Kriegserfahrung verwüstet, aber der wirtschaftliche Boden ist völlig unterhöhlt, die Kraft der Bevölkerung gedrohen, das Erbesleben von Rohstoffen, Maschinen und Verkehrsmitteln entblüht und die Lebensmittelvorräte nahezu aufgebraucht. Die Demobilisierung fällt in die ärmstgünstigste Zeit, wo Landwirtschaft, Rohstoff- und Handgewerbe ruhen müssen. Millionen von Arbeitlosen liegen in den Großstädten und hunderten-tausende Betriebe können nicht arbeiten lassen, weil es ihnen an Rohstoffen fehlt. Reich, Staat und Gemeinde müssen ungeheure Mittel zur Versorgung der Arbeitslosen aufwenden und die Stimmung der auf Lohnarbeit angewiesenen Bevölkerung wird durch aufreizende Agitationen auf das nachteiligste beeinflusst.

Noch nie hat eine Regierung ein schlimmeres Erbeil übernommen, als die Volksbeauftragten der deutschen Revolution. Man hat sie überdies auf die ungeeignetsten Mittel angewiesen, indem man die Methoden der russischen Arbeiter- und Soldatenräte auf Deutschland zu übertragen suchte. Was sich in Rußland als Notwendigkeit ergab, war für die deutschen Verhältnisse nicht bloß entbehrlich, sondern auch nachteilig. In Deutschland fehlte es nicht an politischen und wirtschaftlichen Organisationen, die imstande waren, das öffentliche und wirtschaftliche Leben ohne erhebliche Störungen in die Hand zu nehmen und zu leiten. Die Schaffung vollständig neuer Organisationen mit ungenügend vorgebildeten Kräften mußte dagegen störend und verwirrend wirken. Diese Wirkungen wurden vielerorts dadurch verstärkt, daß man die gewerkschaftlichen Kräfte auszuschalten und den Einfluß der Gewerkschaften auszuschalten suchte. Das gilt in besonderer Maße für Berlin, in dessen Arbeiter- und Soldatenrat offensichtlich gewerkschaftsfeindliche Bestrebungen aufzutraten. Die Parole „Alle Gewalt den Arbeiter- und Soldatenräten“ wurde zum Kampfruf gegen die Gewerkschaften und zur Proklamtion einer Betriebs-Autonomie, die alle Schranken gewerkschaftlicher Verträge und Disziplin zu durchbrechen drohte. Es kam daher auch zu einer Reihe wilder Streiks, mit denen die Gewerkschaften nicht das mindeste zu tun hatten und die die Aufrechterhaltung der Betriebe oft genug in Frage stellten. In, selbst vor den Lebensbedingungen des revolutionären Volkes machte diese Streikepidemie nicht einmal Halt. Eine der ernstesten Sorgen der neuen Volksregierung war die Regelung der Belieferung mit Kohlen und Lebensmitteln. Es mußte als ganz selbstverständlich gelten, daß diese Produktionszweige unter allen Umständen aufrechterhalten würden. Aber die Streiks im ober-sächsischen und westfälischen Kohlenrevier und in zahlreichen Lebensmittelbetrieben zeigten, daß das Verantwortlichkeitsgefühl bei den beteiligten Arbeitermassen recht wenig der revolutionären Agitation standhält. Man begnügte sich nicht mit dem politischen Erfolg der Revolution. Ein Teil der Arbeiterchaft war vielmehr versucht, die Revolution auch wirtschaftlich anzuhängen und in eine große Lohnbewegung zu verwandeln. Auch sonst traten in den Arbeiter- und Soldatenräten Uebergriffe gegen eine geregelte Lebensmittelversorgung auf, die an die alte Landtagswirtschaft vor der Revolution erinnerten.

Neben diesen sozialen Begleiterscheinungen zeigten sich politische Separationstendenzen, die eine Zerstückelung der Reichseinheit, eine Auflösung in zahlreiche Sonderrepubliken zum Nachteil des Ganzen befürchten ließen. In Berlin, dem Sitz der Reichsregierung, gewann die spartakistische Anarchie in solchem Maße an Raum, daß sogar mit der Verögerung des Friedensschlusses und dem Einmarsch feindlicher Truppen zu rechnen war. In dieser Situation erhob sich immer kürzlicher der Ruf nach der Rationalversammlung und nach einer verfassungsmäßigen Regierung als Trägerin eines baldigen Friedensschlusses. Die sozialistisch-unabhängige Paritätregierung hatte die Wahlen am 16. Februar angelegt. Eine Beschlusnahme dieses Termins wurde zu einer Lebensfrage der ganzen Nation. Die Unabhängige Partei widerstrebt, von dem Empfinden befeelt, daß die Nationalwahlen für sie nachteilig ausfallen würden. In der Tat zeigten Wahlen in den verschiedensten Teilen des Reichs, wie gering der Einfluß der Unabhängigen war. Man überließ daher die Entscheidung einem zentralen Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte, der am 16. Dezember in Berlin stattfand. Der Kongreß hat ein wenig offenes Bild, sowohl in seiner Vertretung, als auch in seinem Verlauf. Gegen mehr als 200 Vertreter waren Wahlproteste eingelegt, über die der Kongreß zu entscheiden hatte, und alle seine Entscheidungen wurden erschwert durch wilde Heringsen der zahlreich anwesenden Nichtbelegten und durch theatralisch ausgestattete Spartakisten-Deputationen, begleitet von Streifenführungen vor dem Kongreßsitz. Trotz all dieser Schwierigkeiten beschloß der Kongreß mit erdrückender Mehrheit eine Verlegung des Termins der Wahlen zur Rationalversammlung auf den 19. Januar und erstellte den Berliner Volksrat für die Geschäfte der Regierung im Reich und in

Preußen durch einen Zentralauschuß, der lediglich aus Anhängern der sozialdemokratischen Mehrheitspartei besteht. Nach diesem Ausgang konnte das Verbleiben der Unabhängigen im Rat der Volksbeauftragten nur noch eine Frage der Zeit sein. Die Spartakusrichtung darf sich rühmen, diese Entscheidung beschleunigt zu haben.

Die deutschen Gewerkschaften wurden durch den Verlauf der Revolution etwas in den Hintergrund gedrängt. Das mag für die Revolution selbst im höchsten Grade nachteilig gewesen sein, insofern diese der organisatorisch geschulten Kräfte beraubt wurde. Für die Gewerkschaften selbst war es kein Nachteil, denn sie hielten dadurch von dem leidenschaftlichen Berlebungsstreit verschont, der in allen politischen Lagern entbrannt ist, und konnten sich um so mehr ihren wirtschaftlichen Aufgaben widmen, die allerdings durch eine unverantwortliche Streikwut sehr erschwert wurde. In einer Zeit, wo durch geordnetes Vorgehen alles zu erreichen war, wurden Streiks inszeniert mit Forderungen, die die Weiterführung der Betriebe geradezu in Frage stellen mußten, und ihre Durchführung hat das Wirtschaftsleben enorm geschädigt, in einer Situation, wo alles auf die geregelte Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens ankam. Die Gewerkschaften würden ein solches Mißtrauensvotum, wie es das selbständige Vorgehen der Betriebsbelegschaften darstellt, verdienen, wenn sie ihre Zeit nicht begriffen, sondern der großen Umgestaltung gegenüber untätig zugehört hätten. Wie wenig sie dieser Vorwurf treffen kann, beweist der große Zentralvertrag, den die Gewerkschaften mit den Arbeitgeberverbänden abgeschlossen haben. Dieser Vertrag sichert die Durchführung der Uebergangswirtschaft, die eine Lebensfrage für das ganze deutsche Volk ist, durch eine Zentralarbeitsgemeinschaft aller Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände auf völlig paritätischer Grundlage, mit Arbeitsgemeinschaften in den einzelnen Industrien, Branchen und Bezirken. Und er beruht auf einer Ordnung der Arbeitsverhältnisse, die die höchsten Erwartungen der organisierten Arbeiterschaft erfüllt. Anerkennung des Koalitionsrechts und der Gewerkschaften, Beilegung der gelben Organisationen, Einführung von Tarifverträgen in allen Berufen, Einsetzung von Arbeiterschiedsrichtern und Schlichtungsinstanzen, paritätische Regelung des Arbeitsnachweises, Einführung des Achtstundentages, Anerkennung des Rechts auf Arbeit für alle Kriegsteilnehmer — alles Forderungen, für die seit Jahren, teilweise seit Jahrzehnten gekämpft wurde, sind schon vor der Revolution auf der ganzen Linie durchgesetzt und vertragsmäßig festgelegt worden. Unzählige Reibungen und Widerstände, die nach dem Zerlege befürchtet werden mußten, sind durch dieses Abkommen glatt hinweggeräumt und der Arbeiterklasse eine Periode ruhiger Erholung nach den erschöpfenden Kriegsjahren gesichert. Und wenn auch die revolutionäre Gesetzgebung manches von diesen Vereinbarungen durch Dekret ergänzt hat, so darf doch die wirtschaftliche Durchführung solcher Gesetze durch die Gewerkschaften nicht unterschätzt werden. Die Gewerkschaften haben der Revolution mader vorgearbeitet, und sie haben deren wirtschaftliche Errungenschaften sichergestellt, ohne das gesamte Wirtschaftsleben zu gefährden.

Gewaltige Ereignisse des letzten Jahres sind in einem verhältnismäßig kleinen Zeitraum hineingepreßt worden. Noch gewaltiger sind ihre Wirkungen, die uns bevorstehen. Drei Dinge sind es, die das deutsche Volk am dringendsten gebraucht: Frieden, Freiheit und Brot. Der Weg zu allen dreien führt über eine geordnete Staatsgewalt, die uns die bevorstehende Rationalversammlung bringen soll. Sie verbergt uns einen baldigen Friedensschluß, der um so günstiger für uns ausfällt, je rascher wir der Herrichtung im Innern Herr werden. Sie sichert uns die soziale Demokratie, die die Wiederkehr der Herrschaft des Militarismus, des Junkertums und der Bürokratie, aber auch die Herrschaft der „Straße“, der Anarchie-unmündlich macht und dem Kapitalismus Schranken zieht, soweit dies mit dem Wirtschaftsleben erträglich ist. Und sie gewährleistet uns den Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft, die der Bevölkerung Arbeit und Brot gibt. Möge das kommende Jahr diese Wünsche recht bald erfüllen, zum Heil unseres armen, schwergeprüften Volkes, vor allem zum Segen der Arbeiterklasse! (Corresp.-Blatt.)

Korrespondenzen.

Braunschweig. In der Generalversammlung am 12. Januar wurde über die Verhandlungen mit der Wajlhansdruckerei betreffend Feuerungszulagen berichtet. Die ab 1. Dezember von den Buchdruckereibesitzern und der Kommission des Hilfspersonals beschlossenen Feuerungszulagen werden zwar zur Auszahlung gebracht, jedoch die Feuerungszulagen, welche laut Bekanntmachung vom Demobilisationsamt und Tarifamt ab 1. Januar ausbezahlt werden müssen, weigert sich die Firma auszuzahlen, weil von den hiesigen Buchdruckereibesitzern dagegen Einspruch erhoben worden ist. Gauleiter Kollege Spartakus-Gannover legte in längerem Referat dar, welche Gründe das Demobilisationsamt und Tarifamt bewegen haben, eine nochmalige Feuerungszulage zu beschließen. Insbesondere geißelt der Referent das Verhalten einer größeren Anzahl Buchdruckereibesitzer, welche diese Beschlüsse für sich als nicht bindend betrachteten und empfahl, wenn bei der nächsten Lohnauszahlung die neuen Feuerungszulagen nicht zur Auszahlung kommen, die betreffenden Firmen sofort beim Gewerbegericht zu verklagen. Hierauf gab der Kassierer die Abrechnung vom vierten Quartal. Die von den Revisoren beantragte Entlastung erfolgte einstimmig. Abschließend fand die Neuwahl des gesamten Vorstandes statt. Unter „Verschiedenes“ kamen noch grobe Mißstände in den einzelnen Buchdruckereien zur Sprache. Nachdem noch eine größere Anzahl Neuauflagen vorgenommen wurden, war Schluß der Versammlung.

Dresden. Die am 14. Januar stattgefundenen Protest-Versammlung des Druckereihilfspersonals gestaltete sich zu einer spontanen Kundgebung gegen die Dresdener Druckereibesitzer. Der Tagesordnungspunkt: „Die Verweigerung der Feuerungszulagen“ gab die Veranlassung, daß das Lokal bis auf den letzten Platz gefüllt und auch die Zugänge noch besetzt waren. Kollege Herrmann referierte und griff in feinen Ausführungen zurück auf die Gestaltung der Löhne während der Kriegsjahre. Bei einer fortgesetzten Verteuerung aller Bedürfnisse machte sich auch eine wiederholte Erhöhung der Entlohnung gebieterisch nötig. Diese „phantastischen Löhne“, wie sie von gewissen Arbeitgebern bezeichnet wurden, seien aber dennoch bei weitem kein Ausgleich für die tatsächliche Verteuerung. Der allgemeine Mangel und der Schleichhandel mit Lebensmitteln verlangen mitunter Wucherpreise, die der kleine Mann nicht bezahlen kann, so daß der Hunger noch die Arbeitskraft beeinflusst und auch die Gesundheit darunter leiden muß. Nach Verhandlungen der Verhandlungsleitungen mit den Prinzipalen hat das Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisation eine Feuerungszulagen-Erhöhung ab 1. Januar für die Heßlens- und das Hilfspersonal der Buchdruckereien festgelegt. Einige Unternehmer haben ihre Verpflichtungen erfüllt, während andere durch Bedrohung und Rücksprache zur Zahlung veranlaßt wurden. Der größere Teil der Dresdener Buchdruckerei-Besitzer hat jedoch bis jetzt ein Entgegenkommen nicht gezeigt und opponiert scharf gegen die Verordnung. Diese Prinzipale scheuen sich nicht, ihren „Herrn-im-Hause“ Standpunkt zu behaupten und in eigenmächtiger Weise Befehlsverletzungen zu begehen. Redner bemerkt: Jedenfalls wehrt jetzt der politische Wind gegen die reaktionäre Seite und kommt aus einer Richtung, die den Kapitalismus um seinen Besitz fürchten und das baldige Ende der plutokratischen Herrlichkeit erwarten läßt. Die mit elementarer Gewalt plötzlich in Erscheinung getretenen politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen, verbunden mit der Hebung und Befreiung der Arbeiterklasse aus den bisherigen Schranken, sind den herrschenden Klassen, die von einer Gleichberechtigung nichts wissen wollten, höchst unangenehme Tatsachen, womit aber für die Zukunft gerechnet werden muß. Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit sei nun für immer die Devise der Republik. Mit diesen Worten schloß unter Beifall der Referent. Die folgende Diskussionswar vielseitig und anregend. Es kamen verschiedene Fälle zur Sprache, die so richtig die Latenzen und Widersprüche der hiesigen Unternehmer kennzeichnen, wenn es sich um bescheidene und durch die Umstände berechtigte Forderungen der Hilfsarbeiterchaft handelt. Hierauf ordnete Kollege Herrmann an, daß von den Buchdruckereien, w nächsten Sonnabend mit Rückwirkung vom 1. Januar ab die festgelegten Zulagen nicht gezahlt werden, sofort Meldung davon im Büro zu erstatten sei. Die örtliche Verwaltung wird alsdann das Weitere veranlassen und durch die Anrufung gesetzlicher Instanzen bezw. der Behörden dem Rechte Geltung verschaffen. Zunächst soll auf diese Weise die Feuerungszulage in den Buchdruckereien herausgeholt und nachdem auch im Steinbruch in derselben Angelegenheit vorgegangen werden. Besonders die Verhältnisse im letzteren führte Redner aus, bedürfen einer gründlichen Remedur, weil

gerade in dieser Branche durch Schleuderkonkurrenz und Preistreiberie die Löhne zum Nachteil der Beschäftigten immer sehr niedrig gehalten wurden. Die Verwaltung der Dresdener Buchbruder-Gesellschaften war durch Abordnung des Herrn Freitag vertreten. Dieser betonte in seinen Ausführungen, daß es nur für das ganze Druckereigewerbe von Vorteil sein könne, wenn die Hilfsarbeiterschaft in die Tarifgemeinschaft mit aufgenommen würde. Dieser Gedanke sei nicht neu, sondern habe schon längst bestanden und die Gehilfenschaft habe diese Frage immer mit großem Interesse verfolgt; leider bisher ohne ein positives Ergebnis. Zur Tarifverhandlung als Hauptbedingung eine möglichst lückenlose Organisation, die sich der zu übernehmenden Pflichten voll bewußt sein muß, wenn sie andererseits Rechte und Vorteile genießen will. Auch die schon immer bekämpfte Fluktuation, namentlich des weiblichen Personals, muß nach Möglichkeit eingedämmt und durch stabilere Arbeitsverhältnisse ersetzt werden. Im Auftrage seiner Verwaltung gab Herr Freitag noch die Zusicherung, daß die Hilfsarbeiterschaft in ihren Bestrebungen jederzeit auf die nachhaltigste Unterstützung und das Wohlwollen der Gehilfenschaft rechnen könne. Diese Ausführungen wurden allseitig beifällig aufgenommen. Zu Punkt 2 „Die bevorstehenden Nationalratswahlen“ ermahnte Kollege Herrmann die Mitglieder zur Erfüllung ihrer Pflichten. Unter „Verdientenes“ fanden noch einige interne Fragen Beachtung und Aufklärung, jedoch mußte in Folge des Nachlassens des Gasleitungsdruckes die Versammlung vorzeitig geschlossen werden.

Hamm (Westf.). Am auch in unserer Stadt eine Mitgliedschaft des Verbandes der Buch- und Steinbruderei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen ins Leben zu rufen, waren durch ein Rundschreiben die in Betracht kommenden Arbeiter und Arbeiterinnen für den 20. Oktober 1918 zu einer Versammlung eingeladen worden. Erschienen waren zwei ältere Männer, ein jugendlicher Hilfsarbeiter und eine solche Hilfsarbeiterin. Als Grundbedingung kamen insofern nur erstere beiden in Betracht, von denen aber einer auch noch zurücktrat. Mit einer Person wurde also die Mitgliedschaft gegründet und wenn auch Ende November noch zwei jugendliche Hilfsarbeiter beitraten, so war deren Mitgliedschaft nach zwei Beiträgen wieder zu Ende, und nur der erste verblieb. Hier hält es sehr schwer, Mitglieder zu werben, da der „christliche“ Verband als Konkurrent anzusehen ist und als solcher größeren Zulauf hat. Vermehrung Male noch ist die Aufforderung zum Beitritt erlassen worden, immer aber erfolglos. Am Schlusse des Jahres war eine Einnahme von 13,80 Mk. und eine Ausgabe von 1,60 Mk. zu verzeichnen; 12,20 Mk. konnten nach Frankfurt eingeschickt werden. Mit Jahreschluss meldeten sich einige Mitglieder, so daß deren Zahl jetzt fünf beträgt. Dieser knappe Bericht mag mit dem Wunsch schließen, daß die Mitgliedschaft im neuen Jahre sich langsam, aber sicher entwickeln möge zum Heile ihrer Mitglieder. Diese selbst aber mögen dazu beitragen, indem sie ihre Kollegen und Kolleginnen über Zwecke und Ziele des Verbandes aufklären und sie zum Beitritt auffordern.

Rundschau.

Ergänzung des § 592 der Reichsversicherungsordnung. Der § 592 der R.-V.-O., nach dem im Falle der Tötung einer Ehefrau, die wegen Erwerbsunfähigkeit des Ehemannes ihre Familie ganz oder überwiegend aus ihrem Arbeitsverdienst unterhalten hat, dem Witwer und den Kindern für die Dauer der Bedürftigkeit eine Rente zu gewähren ist, wird durch eine Verordnung der Volksbeauftragten vom 23. Dezember 1918 dahin ergänzt, daß der Militärdienst des Ehemannes der Erwerbsunfähigkeit gleichzustellen ist. Die Wirkung der Verordnung gilt vom 1. August 1914.

Die Gewerkschaften und die Kaufkraft des Geldes. Es ist noch nicht ganz sicher, ob jene klugen Leute, die vor dem Kriege die Bedeutung der Gewerkschaften für die Erhöhung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse als gering einstimmten, nun, nach dem Kriege, in sich gehen und den Irrtum einsehen. Sicher werden es nur wenige Personen sein, deren Scheuklappen so gut gearbeitet sind, daß sie den Wald vor lauter Bäumen nicht sehen. Die 51 Monate Kriegszeit gaben dem Gewerkschaftsgedanken eine geradezu glänzende Rechtfertigung seines Daseins. Notwendiger aber noch als im Kriege werden sich die Gewerkschaften nun in der Uebergangszeit erweisen. Jetzt, nach dem Kriege, bevor wir Stellung in unsere vollkommen zerüttete Volkswirtschaft gebracht haben, werden von den Gewerkschaften Kräfteleistungen größter Art

verlangt werden. Millionen Soldaten strömen in die Heimat zurück. Sie sollen als Arbeiter in die Wirtschaft eingestellt werden. Es ist nicht zu erwarten, daß diesem Verlangen in ausreichendem Maße Rechnung getragen werden kann. Von schweren Erschütterungen heimgesucht, ist der Körper unserer Volkswirtschaft krank, jedenfalls ist er außerstande, jene Leistungen zu vollbringen, deren Vorhandensein allein das Schlimmste verhindern könnte, von dem der Arbeiter betroffen werden kann: Arbeitslosigkeit! Hier werden jene Kräfteleistungen von unseren Gewerkschaften verlangt und sicher auch geleistet werden.

Die Gewerkschaften werden sich, ihrer Aufgabe gemäß, als Freunde in der Not erweisen. Sie werden ihren Mitgliedern mit gewaltigen Geldsummen beizuhelfen, um sie vor dem äußersten zu bewahren! Diese Hilfsmittel werden bestimmt sein, zunächst die Ernährung sicherzustellen. Wichtig ist dabei, jene gewaltigen Summen im Sinne höchster Wirtschaftlichkeit zu verwenden. Die Kaufkraft jener Summen muß bis zum Höchstmögliche gesteigert werden. Keine unwirtschaftliche Verwendungsart auch nur des kleinsten Teiles jener Mittel, mit denen die Gewerkschaften dem wirtschaftlichen Elend steuern! Wie das zu geschehen hat, ist aus dem Wesen der Gewerkschaftsbewegung ohne Zwang zu folgern. Keine Verbesserung der Lebenshaltung ohne Berufsorganisation, aber auch keine Sicherung und keine Erhöhung der Kaufkraft des Geldes ohne Organisation! Hier, findet die Gewerkschaftsarbeit ihre Ergänzung durch die Arbeit unserer Konsumvereine. Sie regeln den Verbrauch an Lebensgütern materieller Art und sorgen für die Ausmerzung aller Kräfte im Wirtschaftsleben, die dem Höchstmöglichen an Wirtschaftlichkeit entgegenstehen. Wer den Leistungen der Gewerkschaften den größten wirtschaftlichen Nutzen sichern will, hat für die Steigerung der Kaufkraft des Geldes zu sorgen. Das Feld für diese Tätigkeit ist der Konsumverein. Gewerkschaft und Konsumverein gehören immer, besonders aber in der Zeit wirtschaftlicher Not, zusammen.

Anschluß der elsass-lothringischen Gewerkschaften an den französischen Gewerkschaftsbund. Nach einem Bericht des „Korr.-Bl.“ hat am 4. und 5. Januar d. J. in Straßburg eine Konferenz der elsass-lothringischen Gewerkschaften stattgefunden, um ihr Verhältnis zu den französischen Gewerkschaften zu regeln. Es wurde beschlossen, drei Bezirksverbände mit ihrem Sitz in Metz, Straßburg und Mühlhausen zu schaffen, die alle Gewerkschaftsgruppen ihres Bereiches umfassen. Diese drei Verbände bilden den Regionalverband Elsass-Lothringen, der sich als solcher dem französischen Gewerkschaftsbund anschließt. Diesem Beschluß ist auch der Vertreter der christlichen Gewerkschaften beigetreten. Diese Konferenz hatte es sehr eilig mit dem französischen werden. Wahrscheinlich will man mit solchen Beschlüssen den Nachweis erbringen, daß die Elsass-Lothringer es nicht erwarten können, bis über das Schicksal ihres Landes endgiltig entschieden wird. Bezeichnend ist, daß die Mitglieder der elsass-lothringischen Gewerkschaften, wie auf der Konferenz festgestellt worden, ist, nur deutsche Zeitungen lesen können. Diese Sprachschwierigkeiten erachtet man aber „gering“ gegenüber der „großen Freude“, womit die elsass-lothringischen Gewerkschaften in die französische Organisation eintraten.

Unter der Flagge der französischen Besatzungsarmee. Vielerorts gibt es in Deutschland noch Arbeiterkreise, die in völliger Unkenntnis jeder Sachlage behaupten: „Es ist gänzlich gleich, ob Franzosen oder Engländer zu uns (in das rechtsrheinische Deutschland) kommen oder nicht, bei denen haben wir es auch nicht schlecht.“ Diesem unvernünftigen Gerede gegenüber möge folgender Fall als Schulbeispiel dienen:

Das Demobilisierungsamt hat die achtstündige Arbeitszeit angeordnet. Ab 1. Januar 1919 ist sie bekanntlich in ganz Deutschland die regelmäßige tägliche Arbeitszeit. Am 4. Januar 1919 hat nun in der Frage des Achtstundentags der Befehlshaber der französischen Besatzungsarmee für die Rheinpfalz folgende Entscheidung verfügt: „Die Anordnung vom 23. November 1918, veröffentlicht unter Nr. 6548 R.-G.-Bl. Nr. 162, ist, da sie der Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages zeitlich nachfolgt, in den von den französischen Truppen besetzten Gebieten nicht vollziehbar. In all den Fällen, wo die angeordneten Maßnahmen mit früheren bindenden Vorschriften nicht in Widerspruch stehen, besteht kein Bedenken, daß sie im Weg friedlicher Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern — jedoch unter Ausschluß jeder behördlichen Einwirkung — angenommen werden. Die Verminderung der Arbeitszeit kann dazu beitragen, den Demobilisierten Beschäftigung zu ver-

schaffen. Wir haben hiergegen keine Erinnerung. Wenn jedoch die Regelung der Arbeitszeit durch eine zwingende Vorschrift allgemein und bindend nicht nur für die Industriearbeiter, sondern auch für die öffentlichen Betriebe erfolgt, so könnte das zu den ernstesten Unzuträglichkeiten führen. Wir sind deshalb nicht in der Lage, jene Anordnung zu billigen oder ihr gezielte Gültigkeit zuzuerkennen.“

Daraus ist klar ersichtlich, daß die Franzosen die Geschäfte der Arbeitgeber besorgen, und daß sie sich um die Verfügungen der deutschen Regierung und des D. R. V. nicht kümmern. Daraus ist aber weiter ersichtlich, daß sie auch den Abmachungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden, die am 15. November 1918 veröffentlicht und von Ebert und Haase gegengezeichnet sind, auch keinen Wert beilegen, sondern dieselben mit einer Handbewegung bei Seite schieben.

Wenn wir auch überzeugt sind, daß die Arbeitgeber der Rheinpfalz mit ihrer Nichtachtung der für das deutsche Gebiet bestehenden Verordnungen keine Gebe-Phinnen, so haben die Arbeiter zurzeit doch einen ganz erheblichen Nachteil von den Umständen, die die Besetzung durch fremde Truppen mit sich bringt. Die Arbeitgeber werden wohl eines schönen Tages die ganze Geschichte mit Prozentsätzen für Ueberstunden nachbezahlen müssen. Aber zurzeit leiden eben die Arbeiter darunter, und das mag sich jeder, der in der Besetzung durch fremde Geseire irgend einen wünschenswerten Zustand erblickt, hinter die Ohren schreiben.

Eingegangene Druckchriften.

Gesetze und Verordnungen der sozialistischen Republik. Unter diesem Titel ist ein Verzeichnis durch die wichtigsten Verordnungen und Gesetzesbestimmungen, die während der Revolution von Behörden der neuen Volksrepublik erlassen worden sind, erschienen.

Die Broschüre ist im Verlage der Buchhandlung Bornwärts, Berlin S.W. 68, erschienen. Der Preis beträgt 1 Mk. Jede Buchhandlung übernimmt Bestellungen.

Adressenveränderungen.

Frankfurt (Ober). Vorsitzender: Paul Meier, Neuer Markt 15. Kassierer: Otto Reichert, Karlsru. 15.

Koblenz (Ahr.). Vorsitzender: Karl Schmidt, Glodenstr. 18. Kassiererin: Frau Libby Dieckhoff, Volksthe 112 b. Adulostadt.

Abrechnungen.

Das 4. Quartal haben bis 3. Februar abgerechnet:

Heilbronn 24,90, Mannheim-Adwigsbafen 168,60, Karlsruhe 226,80, Rempen 236,42, Dresden 2145,73, Altona 318,16, Schmittenhau 177,29, Erfurt 1,75, Bera 49,45, Gotha 26,21, Halle 822,95, Jena 19,18, Leipzig 4392,65, Einzelhändler Gau VI - 94, Breslau 111,37, Rottbus 52,65, Oberwalbe 166,01, Hirschberg 43,37, Stettin 64,51, Waldenburg 9,75, Berlin 28 698,50, Bielefeld 74,95 Mk.

S. Subachl.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser langjähriges Mitglied

Walter Wetters

nach längerer Krankheit verstorben ist.

Wenig entriß uns der Tod plötzlich nach nur kurzer Krankheit die Kollegin

Irda Wulfer

(geb. Wulfer 1884).

Ein ehrendes Andenken bewahrt der

Die Mitgliedschaft Dresden.

Die Mitgliedschaft Dresden.

Die Mitgliedschaft Dresden.

Die Mitgliedschaft Dresden.

Die Mitgliedschaft Dresden.